

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Willi Brase, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Swen Schulz (Spandau), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Entwicklung einer europäischen Klassifizierung für Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe

Mit ihrem geplanten Vorhaben ESCO – European Skills, Competences and Occupations – möchte die EU-Kommission „eine gemeinsame Sprache zwischen dem Arbeitsmarkt sowie dem Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsbereich“ schaffen. Grundlage dafür ist die Initiative New Skills for New Jobs. Die Klassifizierungssysteme für Berufe, Qualifikationen und Kompetenzen der einzelnen Mitgliedstaaten sollen so weiterentwickelt und miteinander verbunden werden.

Die Initiative ESCO verfolgt verschiedene Ziele für Institutionen und Akteure des Arbeitsmarktes und Bildungsbereiches. Unter anderem soll das „Matching“ zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgebern verbessert werden. Arbeitssuchende sollen durch die Beschreibung ihrer Kompetenzen und Qualifikationen die Chancen im Vermittlungsprozess auf dem Arbeitsmarkt verbessern können; Arbeitgeber können auf der anderen Seite detaillierte Anforderungsprofile für freie Arbeitsplätze erstellen.

Zur Entwicklung dieses neuen europäischen Instruments hat die EU-Kommission bisher im März 2010 eine Stakeholder-Konferenz organisiert und von Mitte August bis Anfang Oktober 2010 eine Onlinebefragung durchgeführt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gremien befassen sich auf EU-Ebene mit den Arbeiten an einer europäischen Klassifizierung für Fähigkeiten, Kompetenzen und Berufe (ESCO)?
2. Auf welcher gesetzlichen Grundlage soll ESCO entwickelt werden?
3. Wie lauten die (schriftlichen) Zwischenergebnisse aus den Gremien, die Ende 2010 ihre Arbeit aufgenommen haben?
4. Welcher detaillierte Zeitplan wurde auf europäischer Ebene für dieses Projekt festgelegt (bitte Angabe der genauen Daten)?
5. Wie schätzen die anderen Mitgliedstaaten ESCO ein?
Wie stark sind die Aktivitäten zu ESCO in den anderen Mitgliedstaaten?
6. Welche Vertreter der Bundesregierung nehmen an den Gremiensitzungen teil?

7. Gibt es auf Ebene der Bundesregierung dazu eine Arbeitsgruppe?
Wenn ja, welche Akteure aus welchen Bundesministerien sind daran beteiligt, und in welchem Zyklus treffen sich diese?
8. Welche Ergebnisse hat die Onlinekonsultation gebracht, die von Mitte August bis Anfang Oktober 2010 durchgeführt wurde?
9. Wie hoch sind die Kosten für dieses Projekt?
Besteht nach Einschätzung der Bundesregierung ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis?
10. Welche Institution sollte nach Ansicht der Bundesregierung die allein in Deutschland bestehenden über 30 000 Erwerbsprofile zur Verbesserung der Matching-Prozesse im Rahmen einer europaweiten Arbeitsvermittlung erarbeiten und aktualisieren, und wer übernimmt die Kosten dafür?
11. Mit welchen Parametern sollen konkrete Arbeitsplatzanforderungen beschrieben werden?
12. Mit welchem bürokratischen und verwaltungstechnischen Aufwand rechnet die Bundesregierung?
13. Hält die Bundesregierung eine einheitliche Kompetenzdefinition vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bildungssysteme und Arbeitsmärkte in den verschiedenen Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene für durchsetzbar?
14. Ist ESCO vor dem Hintergrund der bereits entwickelten Transparenzinstrumente, wie u. a. dem Europäischen Qualifikationsrahmen, nach Ansicht der Bundesregierung überhaupt notwendig?
15. Würde durch ESCO die bestehende Klassifizierung der Berufe (KldB) in Deutschland durch ESCO ausgedient haben oder ist diese nach Ansicht der Bundesregierung der Maßstab für die Entwicklung von ESCO?
16. Wie soll bei der Erarbeitung des ESCO-Konzeptes nach Ansicht der Bundesregierung der Ansatz des Lebensbegleitenden Lernens mit einbezogen werden?

Berlin, den 29. Juni 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion